

Bücherwelt

Autor(en): **Joos, Walter / Soltermann, Irene / Schmuckli, Lisa**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **76 (1998)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltbürger aller Länder vereinigt euch!

Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt: Edition Zweite Moderne Suhrkamp 1998. 421 S., Fr. 34.–.

Was tun, wenn ein Begriff zum Schlagwort verkommen ist? Wie dem Gespenst der «Globalisierung» begegnen, das seit geraumer Zeit durch die Welt geistert? Das Gespenst packen, wäre eine Antwort, d.h. sich mit dem Begriff auseinandersetzen und seine vielfältigen Facetten in einem globalen, kritisch-aufgeschlossenen Kontext kennenlernen. Wer das tun will, ist mit dem neuesten Buch des Münchner Soziologen Ulrich Beck, der auch an der London School of Economics lehrt, bestens bedient. Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – das ist die Leitfrage, die der Herausgeber Beck stellt. Verschiedene internationale Autoren analysieren diese Ausgangsposition; einige (z.B. James Goodman oder Anthony McGrew) deuten mögliche Antworten auf die gestellte Leitfrage an. Das Demokratiedefizit oder – mit anderen Worten – die mangelnde politische Gestaltungsmöglichkeit durch BürgerInnen ist auch der Fokus, der die Aufsatzsammlung besonders für linke Schweizer-LeserInnen interessant macht.

«Zweite Moderne» – so lautet die Reihe des Suhrkamp-Verlages, in der das hier zu besprechende Buch erschienen ist. Dieser Titel ist Programm im wahrsten Sinne des Wortes. Damit soll «eine Kontroverse darüber angezettelt werden, wie die Orthodoxie der Ersten Moderne gebrochen werden kann. Es muss endlich unter der Beteiligung der Sozialwissenschaften darüber gestritten werden, wohin der Weg führt. Was an Sicherheit verloren geht, kann als Freiheit gewonnen werden.» Die

Zweite Moderne ist die vernünftige Alternative zur Postmoderne; sie ist Überwindung der (Ersten) Moderne und zugleich deren (reflexive) Weiterführung. Bezogen auf die Thematik der Globalisierung heisst das: Die Gesellschaft der Moderne ist vorwiegend nationalstaatlich geprägt; das Programm der Moderne definiert sie als demokratisch strukturiert. Nationalstaat und Demokratie sind in der modernen westlichen Welt miteinander verflochten. Beide haben die Prämissen der Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Gesellschaft der Zweiten Moderne kann in ihrem globalisierten Rahmen nicht mehr nationalstaatlich geprägt sein (insofern also Überwindung der Moderne), sie soll aber ihr Junktim zur Demokratie behalten (insofern also Weiterführung).

Globalisierung ist also mit *Denationalisierung* verknüpft. Damit verbunden ist auch eine Exterritorialisierung des Sozialen; geographische und soziale Nähe fallen auseinander. Der Bezug zu einem Territorium schafft nicht (mehr) Gemeinschaft oder Gesellschaft. Diese «Container-Theorie der Gesellschaft» muss – wie Beck immer wieder betont – verabschiedet werden. Doch was tritt an ihre Stelle? Wenn Nationalstaaten und ihre Regierungen an Handlungs- und Gestaltungsmacht verlieren, so ist die Gefahr gross, dass es zu reaktionären Renationalisierungen kommt. Michael Zürn weist in seinem sehr lesenswerten Aufsatz auf diese «braune Version» hin. Unter dem Titel «Rettet die Ethnie» reagieren die neofaschistischen Parteien in den verschiedenen Ländern auf die Denationalisierung; die Ethnizität wird zum (problematis-

schen) Kriterium für die Bildung von Gesellschaft und Gemeinschaft. Aber für Zürn können auch die schwarzen, grünen und roten Reaktionsformen auf die Denationalisierung problematisch sein, weil auch sie protektionistisch und damit fragmentierend sind. Entscheidend für eine konstruktive, aufgeschlossene Reaktionsweise auf den Prozess der Denationalisierung wäre die Herausbildung einer neuen Wir-Identität. Jürgen Habermas meint, dass ein «Bewusstsein kosmopolitischer Zwangssolidarisierung» entstehen müsse. Diese weltbürgerliche Solidarität habe zwar (vorerst) eine schwächere Bindungskraft als die in ein bis zwei Jahrhunderten gewachsene staatsbürgerliche Solidarität. «Aber warum sollte sich jener grosse, historisch folgenreiche Abstraktionsschub vom lokalen und dynastische zum nationalen und demokratischen Bewusstsein nicht fortsetzen lassen?» Also wäre auch hier der Prozess der Denationalisierung eine Fortsetzung (und Überwindung) der Nationalisierung – ein Prozess, der schliesslich in eine Transnationalisierung («weltbürgerliche Solidarität») mündet.

Demnach ist eine Demokratie jenseits der (nationalstaatlichen) Grenzen gefordert. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Ansatz, den Anthony McGrew unter dem Titel «Radikaler Kommunitarismus: Demarchie» referiert. Demarchie ist ein Modell globaler Demokratie, in der demokratische Herrschaft nach funktionalen (z.B. Handel, Umwelt, Gesundheit) und nicht nach territorialen Gesichtspunkten organisiert wird. Jeder funktionale Bereich würde vom einem Komitee verwaltet, das nach einer statistisch repräsentativen Auswahl aus denjenigen Bürgern und Gemeinschaften zusammengesetzt wäre, deren Interessen von den Entscheidungen betroffen sind. Die Koordination dieser Bereiche müsste wiederum von Komitees durchgeführt werden, die nach dem gleichen Repräsentationsprin-

zip zusammengesetzt sind. An die Stelle der Nationalstaaten treten demnach unterschiedliche, sich überlappende, selbstbestimmte und funktionale Gemeinschaften, die aus existierenden transnationalen Gruppierungen wie z.B. Umwelt-, Frauen-, Friedens- oder Dritte-Welt-Bewegungen entstehen können.

Diese Ausrichtung auf das grenzübergreifende Demokratisierungspostulat vereinigt die unterschiedlichen Aufsätze in der gemeinsamen Überzeugung, dass Globalisierung mehr sein muss als eine Intensivierung der Austauschbeziehungen innerhalb der OECD-Staaten. Eine globalisierte Welt soll eine Identität bekommen, die es auch unterlegenen Minderheiten ermöglicht, das Mehrheitsvotum nicht als Fremdherrschaft, sondern als kollektive Selbstbestimmung zu verstehen. Pikant für uns Schweizer LeserInnen ist, dass in diesem Zusammenhang auf das schweizerische Vorbild hingewiesen wird. Vielleicht können wir das als Entschädigung hinnehmen für die negativ geprägte Bezeichnung der «Verschweizerung», die Ulrich Beck verwendet. Mit der «Verschweizerung der Welt» meint er, dass das, was sich «kosmopolitisch» gibt, sich am Ende als westliche Kleinbürgermoral im Grössenwahn entpuppt.

Wenn es so etwas wie eine Verschweizerung im Beck'schen Sinne gibt, dann wäre vor allem in der Schweiz eine intensivere diskursive Auseinandersetzung mit der Globalisierung und mit deren (bis anhin immanenten) Demokratiedefiziten angesagt. Dann könnte aus der Kleinbürgermoral eine Weltbürgermoral werden, in der transnationale Solidarität im oben beschriebenen Sinne mindestens partiell realisiert wird. Vielleicht gelingt es mit der Solidaritätsstiftung einen Schritt in diese Richtung zu tun, hoffentlich ohne Grössenwahn, aber doch mit einem kleinen Anspruch auf globale Demokratisierung.

Walter Joos

Flüchtlingspolitik 1940–1945

Jürg Stadelmann: Umgang mit dem Fremden in bedrängter Zeit. Schweizerische Flüchtlingspolitik 1940–1945 und ihre Beurteilung heute, Orell Füssli: Zürich 1998, 348 Seiten, Fr. 78.–.

Jürg Stadelmann interessiert der Widerspruch, weshalb verfolgte, insbesondere jüdische Flüchtlinge an der Schweizer Grenze zurückgewiesen wurden, während andere, weit weniger gefährdete Flüchtlinge (Zivilpersonen und Soldaten) Aufnahme fanden. Vor dem Hintergrund, dass das viel zitierte traditionelle Asylland Schweiz immer mehr Wunschbild als Realität gewesen sei, zeigt der Autor auf, dass sich die Gewichte in der Bewertung der Ereignisse stark verändert haben. Obwohl die damaligen schweizerischen Akteure die ungeheuren Dimensionen der Vernichtungsmaschinerie der Nazis gekannt haben, muss, laut Stadelmann, der damaligen Generation angesichts der Neu- und Einzigartigkeit des von den Nazis betriebenen Völkermords zugestanden werden, dass sie die Dimension des Mordens allenfalls haben ahnen, aber nicht im vollen Umfang haben wahrnehmen können. Dieser These schliesse ich mich nicht an. Beispielsweise haben die Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift «Die Frau in Leben und Arbeit», die verschiedentlich gegen die damalige Flüchtlings- bzw. Ausschaffungspolitik opponiert hatte, sehr wohl wahrnehmen können, dass die zurückgewiesenen jüdischen Flüchtlinge in den Konzentrationslagern ermordet wurden.

Zur Darstellung der Ereignisse verwendet Stadelmann ein neues Erklärungsmodell: Zwei verschiedene Kategorien zeitgleicher Kriege, ein Eroberungs- und Befreiungskrieg sowie ein Vernichtungs- und Ausbeutungskrieg lösten nach Stadelmann die Massenfluchten aus. Die Kriegsflüchtlinge, die vor einem traditionellen

Kriegsgeschehen flüchteten, kannte man. Sie entsprachen den geltenden Vorstellungen und Rechtsnormen. Die Terrorflüchtlinge, die vor der Vernichtungsmaschinerie der Nazis flohen, kannte man dagegen nicht. Bei den Terrorflüchtlingen haben gemäss Stadelmann Regierungsverantwortliche, Behörden, Parlamentarier und der schweigende Teil der Bevölkerung versagt. Das Versagen und die Schuld der damaligen Schweiz und ihrer Bevölkerung kann daran bemessen werden, dass der offizielle repressive Umgang mit den Terrorflüchtlingen zu Rückweisungen und Ausschaffungen geführt hat, was angesichts der real vorhandenen Information über die existentielle Bedrohung und das zu erwartende Schicksal nicht hätte geschehen dürfen.

Stadelmanns Untersuchung sucht einen Zugang zur schweizerischen Flüchtlingspolitik, ohne sie durch die Optik des «selbst geschaffenen Mythos der Schweiz als des klassischen, überhöhten humanitären Idealen verpflichteten Asyllandes zu beurteilen» (S. 305). Hier stellt sich die Frage, ob dieser Ausgangspunkt nicht mit der These des konservativen Werten verpflichteten ehemaligen Zürcher Professors Peter Stadler kongruent ist. Wie Stadelmann selbst schreibt, richtet sich Stadler bewusst gegen die Verklärung der schweizerischen Asylrolle und betonte dies auch in einer Rede vor der AUNS am 11. Mai 1996. Angesichts der heutigen repressiven Flüchtlingspolitik ist denn auch in Stadelmanns Untersuchung zu oft von «Flüchtlingsströmen», «Menschenstrom» und von einem Strom, der «ständig anschwellt», die Rede. Trotz dieser Bedenken ist das reich illustrierte Buch eine wertvolle Analyse des damaligen Umgangs mit den Flüchtlingen sowie der bis heute anhaltenden Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Irene Soltermann

Blickwechsel

Simone Prodoliet (Hg.): Blickwechsel. Die multikulturelle Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Luzern 1998, 320 Seiten, Fr. 39.50.

«Blickwechsel» ist der Beitrag der Caritas Schweiz zu 150 Jahre Bundesstaat. 50 Jahre Deklaration der Menschenrechte sind Anlass, den Aspekt der Menschenrechte nicht nur aussenpolitisch, sondern diesem auch innenpolitisch zu notwendigen Aufmerksamkeit zu verhelfen.

Walter Leimgruber dokumentiert die tragischen Auswüchse, welche die nationalstaatlichen Ordnungsmassnahmen für die Jenischen hatten. Mariella Mehrs Rede an die Adresse von Psychiatern zeigt, wie eine ganze Gemeinschaft psychisch zu «Fremden» gemacht wurde. Jakob Tanner zeigt in seiner Rückschau zum Phänomen der Einwanderung auf, dass nationalstaatliches Denken eng mit der Vorstellung einer homogenen Bevölkerung verbunden ist. Das Fremde löst Ängste aus und die Wahrnehmung des Fremden unterliegt Stereotypen. Stereotype Wahrnehmung und nationalstaatliche Ordnungsliebe haben in erschreckender Weise dazu geführt, dass während des Zweiten Weltkrieges Zehntausende jüdischer Flüchtlinge in der Schweiz abgewiesen und der Vernichtungsmaschinerie der Nazis ausgeliefert wurden. Guido Koller hat mit seiner Aufzeichnung unterschiedlicher Blickwinkel aus diesem Kapitel schweizerischer Geschichte die verschiedenen Logiken des Argumentierens zwischen humanitärer Tradition und Überfremdungsdiskurs nachgezeichnet.

Was ist fremd und was nicht? «Wer gehört dazu und wer nicht?» Mit dieser Kurzformel umreisst Hans-Rudolf Wicker die Diskussion rund um Rasse, Kultur, Nation und ethnische Identität. Gibt es ein Recht auf kulturelle Identität? Dass Fragen rund um den Kulturbegriff nicht leicht zu beantworten sind, zeigen auf unter-

schiedliche Weise die Beiträge von Walter Kälin, Alex Sutter und Charlotte Beck-Karrer. Hartmut Fähndrich weist mit seinen Überlegungen zur Situation der Muslime in der Schweiz darauf hin, dass die angeblich «unverträglichen Mentalitäten» der schweizerisch-christlichen Bevölkerung und der muslimischen Minderheit vielfach auf einer «Überislamisierung der Muslime» beruht.

Migration wird oft als eine Art Ausnahmezustand angesehen. Migration als eine «soziale Tatsache», als ein selbstverständlicher Teil menschlichen Handelns zu verstehen, bedeutet, erneut einen Perspektivenwechsel vorzunehmen. Dass Schweizerinnen und Schweizer selbst vielfältige Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt haben, zeigt sowohl die Geschichte der Migration innerhalb der Schweiz als auch nach ausserhalb. Elisabeth Joris schildert in ihrem Beitrag eine solche Frauenrealität der Migration: das Dienstbotenleben in der Fremde stellte für viele Frauen ohne Ausbildung einen der wichtigsten Erwerbszweige dar. Und Al Imfelds Schilderungen zeigen, wie er als Küchenbursche seine Französischkenntnisse zu verbessern versuchte und Gelegenheit hatte, «charakterliche Stärke» zu beweisen. Beatrice Ziegler zeigt auf, dass die Schweiz im 19. Jahrhundert ein Auswanderungsland par excellence war. Es waren vor allem Angehörige der Unterschicht, die mangels Zukunftsperspektiven in die Neue Welt emigrierten. Bürgergemeinden unterstützten diese «Wirtschaftsflüchtlinge», um sie als potentielle Armenengössige loszuwerden. Erst um die Jahrhundertwende wurde die Schweiz attraktiv für Einwanderer. Der Beitrag von Etienne Piguet über ausländische Firmengründungen zeigt auf, dass bis zum Ersten Weltkrieg eine sehr liberale Einwanderungspolitik betrieben wurde. Beschränkungen bezüglich der Gewerbe-freiheit und das 1931 eingeführte und bis

heute gültige Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) führten zu einer restriktiven Einwanderungspolitik. Werner Haug zeichnet in seinem Beitrag die Entwicklung seit der Nachkriegszeit nach. Er weist darauf hin, dass die Ausländerpolitik fast vollständig in den Dienst der Arbeitsmarktpolitik gestellt wurde. Maritza Le Breton Baumgartner untersucht schliesslich in ihrem Beitrag Formen weiblicher Migration und zeigt auf, dass die Feminisierung der Migration Ausdruck weltweiter Abhängigkeitsverhältnisse ist, die auch vor der Schweiz nicht Halt macht.

Doris Angst Yilmaz stellt fest, dass die verschiedenen Anstrengungen zur Integration in einem politischen Vakuum erfolgen, da bis heute keine nationale Integrationspolitik formuliert wurde. Chinwe Ifejika Speranza und Claudia Roth berichten vom Weg, den sechs schwarze Frauen mit ihren Bemühungen um Integration in Zürich zurückgelegt haben. Arbeit ist dabei eines der Mittel, das für eine gelungene Integration ausschlaggebend ist. Irena Berznas «Brief an meinen schwarzen Sohn» und Paula Charles Wahrnehmungen der Schweiz als «Weisser Dschungel» beschreiben Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einer anderen Hautfarbe.

Besonderen Belastungen ausgesetzt sind Menschen, die als Flüchtlinge oder Asylsuchende zu uns gekommen sind. Nihat Behram schildert eindrücklich die Situation des Noch-Nicht-Angekommen-Seins. Dragica Rajcic verweist auf das Hin- und Hergerissensein, das Dazwischen-Stehen,

das eine Flucht mit sich bringt. Die Probleme, die ein Prozess des Weggehens und Ankommens schafft und die ein Heimisch-Werden oft sogar verunmöglichen, dokumentiert Reingard Dirscherl in ihrem Beitrag «Die Muttertochter». Der Rückblick von Cécile Bühlmann verweist auf die Bemühungen der Interkulturellen Pädagogik seit den sechziger Jahren. Und Christoph Keller dokumentiert mit seiner Reportage über einen Produktionsbetrieb der ABB, wie durch gleichmässige Verteilung von Verantwortung unter den MitarbeiterInnen ein Klima des Vertrauens und Zusammengehörigkeit geschaffen wird.

Maria Roselli widmet sich den Perspektiven von arbeitslos gewordenen Gastarbeitern und zeigt auf, dass viele sich von ihrer ursprünglichen Heimat distanzieren haben und ihren heimatlichen Bezug nun über die Familie, die in der Schweiz lebt, herstellen. Das zeigt, wie Jakob Tanner nachweist, dass es heute nicht mehr um das Kriterium der richtigen oder falschen Herkunft gehen kann, sondern um das faktische Präsenzprinzip. Es geht nicht um das Abstammen, sondern um das Ankommen. In diesem Perspektivenwechsel hätten auch die Augen eines Manuel Giron ihren Platz. Franz Hohlers Vision einer Tramfahrt nach Afrika mitten in Zürich oder der Besuch des nicht klar zuzuordnenden Nachbarn aus der Mitte der Welt wäre ganz normale Realität. Das aussenpolitische Engagement der Schweiz für die Durchsetzung der Menschenrechte hätte dann auch innenpolitisch seine Gültigkeit.

Irene Soltermann

Menschenrechte

Widerspruch Heft Nr. 35: Menschenrechte, Zürich 1998, 240 Seiten, Fr. 21.–. Erhältlich im Buchhandel oder bei Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich.

Das Jubiläum 50 Jahre Proklamation der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (10. Dezember 1948 in Genf) kann weder über die Krise bei der Einhaltung der Menschenrechte noch über die Aktualität der geforderten Rechte hinwegtäuschen. «Seit dem afrikanischen Menschenrechtsübereinkommen, der Banjul-Charta von 1981, dem 'Gegenmanifest' der Islam-Konferenz 1990 in Kairo und der UNO-Weltkonferenz 1993 in Wien gehen die politischen und philosophischen Debatten über Kulturimperialismus, Universalität und kulturelle Besonderheiten der Menschenrechte weiter», schreibt die Redaktion in ihrem Editorial und umspannt damit Motivation und Themen des neuen «Widerspruchs».

Dieter Senghaas fordert in seinem Artikel für den Fortgang des internationalen Menschenrechtsdialogs ein historisch begründetes und zugleich realistisches Verständnis der Menschenrechte: Sie sind nicht selbstverständliches Kulturgut der europäischen Politik und müssen daher auch immer wieder erneut gesichert und erkämpft werden.

Georg Lohmann stellt in seinem Text die Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten dar, die von Ex-Staatsmännern wie Helmut Schmidt zum fünfzigsten Jahrestag der Deklaration der Menschenrechte ausgerufen wurden. In seiner anregenden Diskussion und nachvollziehbaren, besonnenen Kritik dieser Menschenpflichten demonstriert Lohmann nicht nur die Fragwürdigkeit einer Deklaration von Pflichten, sondern er zeigt auch auf, dass die universale Moral der Menschenrechte auch relativ zu einer bestimmten

Kultur zu lesen und zu interpretieren sind. Seine Schlussfolgerung gilt es politisch und ethisch ernst zu nehmen und weiterzudenken (gerade auch in feministischen Zusammenhängen, in denen der Ruf nach Pflichten vor Rechten schon skeptisch bis wütend macht); seine Schlussfolgerung lautet: «Eine liberale und soziale Lösung muss ... anerkennen, dass zu solidarischem Handeln und zur Förderung seiner selbst die einzelnen rechtlich und institutionell nicht gezwungen werden können. Das ist auch deshalb plausibel, weil ... die hier relevanten Pflichten zu einem grossen Teil solche sind, denen keine einklagbaren Rechte einzelner oder anderer gegenüberstehen» (22); solidarisches Handeln kann also letztlich mit den Menschenrechten nur (aber immerhin) indirekt gefördert werden.

Reinhart Kössler, Alex Sutter und Farhad Afshar diskutieren in ihren Texten den Kulturimperialismus-Vorwurf bzw. die Frage nach der Universalität oder Kontextualität der Menschenrechte.

Peter Ulrich und Wolf-Dieter Narr/Roland Roth diskutieren die Menschenrechte angesichts des globalen Kapitalismus und dessen 'Spielregeln' (die sich im Unterschied zu den Menschenrechten international durchsetzen und durchgesetzt haben). Wie der Markt konkret auf die Migrantinnen wirkt bzw. wie der Markt die Asyl- und Einwanderungspraxis beherrscht, zeigt Anni Lanz auf. Susanne Kappeler und Christa Wichterich gehen der Frage nach den Menschenrechten der Frauen nach. Wichterich macht in ihrem äusserst lesenswerten Text auf ein verändertes Selbstverständnis der Frauen aufmerksam: als Rechtssubjekte treten Frauen gestärkt in der politischen Öffentlichkeit auf; «im Vordergrund stehen jetzt Forderungen nach politischen Einlösungen von Rechtsansprüchen und nach Mitgestaltung von Politik und Demokratie, von Wirtschaft, Entwicklung und Frieden» (57). Interessant an Wichterichs Analyse erscheint mir die These, dass die Inter-

nationalisierung des Frauenrechtsparadigmas möglich wurde aufgrund der Gewalterfahrung von Frauen, die solidarisiert und zugleich Differenzen sichtbar machte. Die Gewalterfahrung wurde zu einer Erfahrung der Gleichheit unter Frauen und der Differenzen. Aus dieser These leitet sie die Erkenntnis ab, dass sich angesichts der frauenverachtenden Gewalterfahrung, die menschen- und menschenrechtsverachtend sind, «die Konturen einer globalen Ethik im Zeitalter ökonomischer Globalisierung [abzeichne]» (61). Für mich stellt sich die Frage, ob eine Solidarität, die auf Verletzungen, ob eine Ethik, die auf Unterdrückung basiert, stabil genug ist, um Frauen zu einigen – oder ob diese umspannende Ethik der Frauen nicht wieder der Versuch einer Vernebelung unter Frauen ist, mit dem Deckmantel Ethik, die Frauen zwangsläufig scheitern lässt, weil Gewalt weiterhin selbstverständlich zum Alltag (und als Basis zur Ethik) gehört und damit unwiderruflich auch zementiert wird. Damit verliert die Ethik ihr utopisches Potential.

Einen Einblick in den konkreten Alltag der Menschenrechtspraxis und die Widersprüchlichkeiten der internationalen Organisationen wie die UNO geben jene Texte, die aus Ländern berichten: Christian Scherrer aus Rwanda, Selahattin Celik aus der Türkei und Bruno Rütse aus Kolumbien.

Im Diskussionsteil machen Anni Lanz, Angeline Fankhauser und die Gruppe augenaufr hartnäckig auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Asyl- und Migrationsdebatte im politischen und ökonomischen Alltag nicht untergehen zu lassen. Gerade die alltäglichen Diskriminierungen machen einen Kampf notwendig, auch und gerade weil dieser Kampf einer Sisyphus-Aufgabe gleicht.

Diese umfangreiche Nummer bietet einen gelungen Überblick über die aktuelle Diskussion der Menschenrechte und über die noch immer brennende Frage der Asyl- und Migrationspolitik.

Lisa Schmuckli

Philosophische Annäherungen an die Emotionen

Carola Meier-Seethaler: Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft, München 1997, 454 Seiten, Fr. 29.80.

Das umfangreiche, sprachlich verständliche Buch ist klar strukturiert und in vier Hauptkapiteln gegliedert: Der *erste Teil* des Buches illustriert eine andere philosophische Tradition, die das Andere der Vernunft bereits mitgedacht und mitreflektiert hat und die Frage nach den Emotionen in die Philosophie konstituierend eingebaut hat. Meier-Seethaler stellt hier weniger bekannte Philosophen vor wie

beispielsweise Blaise Pascal (der der Logik des Verstandes eine Logik des Herzens gegenüberstellt), Herder (der eine emotional begründete Sprachtheorie entwirft) und Susanne Langer, «deren Werk der hervorragenden Bedeutung menschlicher Gefühle für den gesamten Erkenntnisprozess gewidmet ist» (25). Der *zweite Teil* skizziert die aktuelle, gegenwärtige Ethikdebatte. Meier-Seethaler konzentriert sich in ihrer Darstellung auf den Positivismusstreit (vertreten durch Karl Popper und Jürgen Habermas), auf die philosophischen Gefühlstheorien (vertreten durch Agnes Heller und Hans Jo-

nas) und auf die feministische Kulturkritik bzw. feministische Ansätze einer nicht-androzentrischen Ethik (vertreten durch Evelyn Fox Keller u.a.). Im *dritten Teil* bietet die Autorin eine erste Zwischenbilanz der Erkenntnisse der ersten beiden Teile und fokussiert diese Erkenntnisse entlang der Frage: gibt es universale Kriterien der emotionalen Vernunft? Da die klassisch universalen Moralbegründungen gescheitert sind, schlägt die Autorin drei alternative Wert-Ansätze vor: den konstruktivistischen Ansatz (Kohlberg, Rawls u.a.), der sich um rationale Fairnessregeln bemüht; den konziliationistischen Ansatz (Tugendhat, Heller, Jonas u.a.), der einen echten, also herrschaftsfreien Konsens sucht; und schliesslich jenen ethischen Ansatz, der aus dem Problem des Werterelativismus gewachsen ist und der von vier Grundbedürfnissen ausgeht und vier Kardinaltugenden entwirft. Kernproblematik dieses Ansatzes ist die Frage nach der Kommunizierbarkeit von moralischen Urteilen. Im *vierten Teil* zeigt Meier-Seethaler politische Konsequenzen aus den philosophischen, ethischen Erkenntnissen auf. Sie beschreibt, wie Bilder oder Symbole eine Vermittlerrolle einnehmen zwischen der emotionalen und rationalen Vernunft. Und sie folgert, dass es zu einer Neudefinition von Rationalität und Irrationalität und damit konsequenterweise auch zu einer Neudefinition des Wissenschaftsbegriffes kommen muss.

Hauptabsicht der Autorin ist es, «die ebenbürtige 'Erkenntnisorgane' Verstand und Gefühl nicht als eine geschlechtsgebundene oder auch nur geschlechtsakzentuierte Mitgift der menschlichen Natur vorzustellen, sondern als allgemeinemenschliche Potenz, die man fördern oder verkümmern lassen kann.» (33)

Wie ein roter Faden führt das Unbehagen am rationalistischen Vernunftbegriff – «die emotionale Anästhesie in der Forschung» (20) – durch das an Material äus-

serst reichhaltige Buch. Zu diesem Unbehagen gehört sicherlich auch der fundamentale Zweifel an der sogenannten Wertneutralität der Wissenschaften, insbesondere der modernen Naturwissenschaften, beispielsweise der Gentechnologie. Die Naturwissenschaft wird nachweisbar nicht nur von der vielzitierten Wissensbegierde angetrieben, auch nicht von edlen Motiven, das Los der Menschheit zu verbessern. Vielmehr sind in der Naturwissenschaften handfeste Interessen (mehr oder weniger) verborgen, nämlich die privaten Interessen des Forschers selbst, dann die halböffentlichen Interessen des Marktes, die Partikularinteressen beispielsweise der Chemieindustrie (die ja nicht umsonst sowohl Abstimmungen als auch Forschung mit Millionen finanziert), dann auch marginal die Interessen einer Öffentlichkeit, die sich durch die Forschung allgemeine Verbesserungen der Lebensqualität verspricht, obwohl über diese sogenannten Verbesserungen weder öffentlich noch demokratisch diskutiert und verhandelt wird. Hartnäckig weist Carola Meier-Seethaler darauf hin, dass gerade die unbewussten Beweggründe (oder eben: Triebe) und die bewussten, emotionalen Motive des Forschers oder der Forschergemeinde die Art und Weise des Forschens, also die Brille, durch die sie schauen, bzw. den Ausschnitt, den sie wählen, und den Forschungsgegenstand selbst bestimmen. So stellt sie mit der us-amerikanischen Biologin und Gender-Forscherin Evelyn Fox Keller fest, dass im männlichen Ehrgeiz eine unbewusste Obsession verborgen liegt, sich von der 'Mutter Natur' loszureissen. Denn seit Bacon wird Natur mit Frau symbolisch und real gleichgesetzt, und beide gilt es zu domestizieren und zu beherrschen. Mann will sich also nicht nur von der Natur losreissen und sich von ihr vollständig unabhängig machen, und zwar auch von der eigenen, inneren Natur als Mensch, sondern mann will sogar mit der Natur konkurrieren, letztlich also die bessere,

d.h. effizientere Natur kreieren. Diesen Ehrgeiz deutet Meier-Seethaler psychoanalytisch: «die ideologische Abwertung der Frau bzw. die Selbsterhöhung des Mannes (ist) nur mit einer profunden narzisstischen Kränkung und deren Kompensation erklärbar» (17). Diese Kränkung hat zwei Wurzeln, nämlich den Gebärneid und die Enttäuschung über die Sterblichkeit. Beides muss man mit der Vernunft, jenem Instrument, das den Mann gegenüber der Frau in der historischen Zuschreibung auszeichnet, überwinden. Antrieb der Forschung kann also auch der Traum des Mannes sein, sich selbst ein Kind schaffen – der Mensch aus der Retorte – und den Tod überwinden zu können. Die Gentechnologie bekommt angesichts dieser feministischen Argumentation und Aufklärung eine neue Einfärbung, eine neue Gefühlslage.

Dieses Buch demonstriert in engagierter Weise die von der Autorin geforderte Besonnenheit. Da werden eine grosse Fülle an Material ausgebreitet, Argumente transparent gemacht und abgewogen, Motive und Ziele überprüft. Die klare Strukturierung erleichtert der Leserin/dem Leser eine Orientierung. In diesem Sinne ist das Buch nicht nur als eine Einführung in eine andere Philosophie-tradition zu empfehlen, sondern auch als Nachschlagewerk (um einzelne Philoso-

phInnen oder aber einzelne Ethik-Positionen kennenzulernen). Mir gefielen jene Passagen im Werk am besten, in denen die Autorin die Übergänge und Grauzonen zwischen Ethik und Psychoanalyse auszuloten und damit die unbewussten Zwielfichtigkeiten der Forschung zu klären versuchte. Mit diesem Akt hat Carola Meier-Seethaler immer wieder die Grenze zwischen der sogenannten Rationalität und Irrationalität verschoben zugunsten des Unbewussten, das bewusst gemacht werden soll und kann. Leider hat sie m. E. zu wenig die Nachträglichkeit der Psychoanalyse und der Ethik mitbedacht. Die Frage ist aber entscheidend: Wie können Ethik und Psychoanalyse nutzbar gemacht werden, wenn beide Formen der Besonnenheit erst im Nachhinein wirksam werden können? Es geht mir um die Frage nach einer psychoanalytischen Ethik, die über die Folge- und Verantwortungsethik (die die Auswirkungen von Handlungen/Forschungen für die Zukunft mitreflektiert) und über die Ethik der Bedürfnisinterpretation (die die Emotionen und Bedürfnisse in die Ethik hineinragt) hinausgeht. Vielleicht geht es mir hier um jene Freiheit, ohne die Ethik und Psychoanalyse unmöglich sind, die aber angesichts der modernsten Naturwissenschaften, beispielsweise in Gestalt der Gentechnologie, selbst bedroht ist.

Lisa Schmuckli

Grundrechts- und Verfassungsdebatte aus feministischer Sicht

Olympe Nr. 8. Feministische Arbeitshefte zur Politik: 1848–1998: Frauen im Staat. Mehr Pflichten als Rechte, Zürich 1998. Zu beziehen bei: E. Joris, Gemeindestrasse 62, 8032 Zürich, Fr. 19.–.

Im Jubeljahr der Eidgenossenschaft beschäftigt sich Olympe als Feministische

Arbeitshefte zur Politik folgerichtig mit dem Verhältnis der Frauen zum Staat, zur Staatsverfassung und zu den Menschenrechten.

Im ersten Teil betreiben die Autorinnen einen historischen Rückblick (Elisabeth Joris, Brigitte Studer), um auf neue Tendenzen bezüglich Frauen im Staat hinzu-

weisen. Ihr Fazit: Die Geschichte des Schweizer Bundesstaates zeichnet sich durch das Paradox aus, als einer der ersten Staaten zwar demokratische Mitwirkungsrechte in der Verfassung zu verankern, zugleich aber aufgrund eben dieser Rechte den Frauen die 'citoyennité' vorzuenthalten. «Die Freiheit und Gleichheit der einen basiert nicht selten auf der Unmündigkeit der anderen. Wenn auch Frauen gemäss den Verfassungen den Männern in fast allen Industriestaaten rechtlich gleichgestellt sind, so zeigt sich heute der Ausschluss in verstärktem Masse im wirtschaftspolitischen Bereich, dessen Ausrichtung weitgehend aufgrund der Erfahrungswelt und der Werte von Männern definiert ist.» (4). Aufgrund dieser Analyse erscheint es nur logisch, dass sich die Olympe auch mit den ökonomischen Aspekten der Citoyennité befasst: Mascha Madörin beschreibt die Bankenideologie in den 70er Jahren als Demokratie-Chauvinismus; Gerturd Ochsner entlarvt die neoliberalen Trophäen und zeigt feministisch-ökonomische Alternativen; Silvia Staub-Bernasconi geht der Frage nach einer frauengerechten Grundlage einer staatlichen Verfassung nach und postuliert eine geschlechtsbezogene Gleichstellung bei der Betreuungsarbeit und die Weiterentwicklung der Sozialrechte. Denn «die Verfassung darf nicht nur die Abwesenheit von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Sinn eines negativen Rechts festschreiben. Sie muss die Aufhebung der Frauendiskriminierung als Folge der Versorgung Abhängiger im Sinn eines positiven Rechts fordern. Die Sorge für Abhängige, Betreuungs- und Pflegearbeit darf keine Nachteile bezüglich Bildung, Arbeit, Einkommen und Sozialversiche-

rung, Eigentumsbildung, Kulturteilhabe sowie politischer Partizipation mit sich bringen» (34).

Der zweite Teil ist der Frage und Analyse der notwendigen Ergänzung der Bürgerrechte durch Sozialrechte gewidmet, ein Konflikt in der aktuellen, international geführten Verfassungsdebatte. So beschreibt Susanne Schunter-Kleemann die EU als Projekt der Demokratieabwehr: «Weder in den 50er Jahren noch bei den Vertragsverhandlungen von Maastrich war es beabsichtigt, ein demokratisch verfasstes Europa zu begründen, vielmehr sei es von Anfang an um 'Demokratieabwehr' (Ridder), um Verflüchtigung wichtiger politischer Entscheidungen aus dem öffentlich legitimierten Raum gegangen.» (79) Die Verfassungsdebatte wird länderübergreifend weitergeführt mit Seitenblicke auf Schweden (Sabine Berghahn), Namibia (Erika Gisler), Deutschland (Andrea Mehofer) und den Staaten (Mascha Madörin). Unmissverständlich auch und lesenswert die dezidierte Stellungnahme der Redaktion (Elisabeth Joris, Silvia Staub-Bernasconi, Mascha Madörin, Erika Gisler und Verena Hillmann) zur Deklaration der Menschenpflichten, die in diesem Heft nicht fehlen durfte.

Tagungsberichte und eine Fülle von Rezensionen runden die gehaltvolle und lesenswerte Nummer der Olympe ab.

Diese Olympe macht deutlich, dass sie sich neben dem «Widerspruch» nicht nur behaupten kann, sondern eine wichtige feministische Informationsquelle in soziopolitischen und ökonomischen Themen ist.

Lisa Schmuckli

Nationalstaatsentwicklung der Schweiz

Tobias Kästli: Die Schweiz – Eine Republik in Europa. Geschichte des Nationalstaats seit 1798, Zürich 1998, 538 Seiten, Fr. 68.–.

Im Zentrum der vorliegenden Studie, die zum Jubiläumsjahr 1998 erschienen ist, steht die nationalstaatliche Entwicklung der Schweiz seit 1798. Kästli untersucht dazu in drei etwa gleich grossen Teilen die Helvetik, die Vorgeschichte der Gründung des Bundesstaates und den Weg der Schweiz seit 1848. Dabei geht es dem Autor nicht nur um eine geschichtliche Aufarbeitung dieser Zeitabschnitte. Vielmehr geht es ihm auch und gerade um die Frage, ob die «mehr als zweihundert Jahre alte Idee des Nationalstaates überhaupt noch zeitgemäss» (12) ist. Die historische Studie von Kästli erweist sich durch diese Fragestellung auch als ein politisches Buch, insofern die Analyse der Geschichte der Verfestigung des nationalen Selbstverständnisses in der Schweiz auch die aktuellen Hindernisse für eine Weiterentwicklung der Schweiz etwa in Richtung Europa einsichtig machen soll.

Für die Darstellung wählt Kästli einen subjektiven Geschichtsansatz. Das heisst, dass er von den Akteuren selbst ausgeht und nicht einen sozial- oder wirtschaftsgeschichtlichen Ansatz wählt. Ihn interessieren die subjektiven Motivationen der politischen Akteure jener Zeit. Deshalb ist die ganze Studie auch stark personenbezogen und vielleicht auch etwas narrativ. Insofern er jedoch den politisch-idealen Hintergrund der historischen Akteure ausleuchtet, liefert Kästli am Beispiel der Schweiz auch eine Ideengeschichte der Nationalstaatsentwicklung.

Der erste Teil der Studie setzt ein mit einer Beschreibung der Situation der alten Eidgenossenschaft zur Zeit der Französi-

schen Revolution. Während die regierenden Patrizier und Aristokraten die Französische Revolution vehement ablehnten, waren vor allem die aufgeklärten Schweizerinnen und Schweizer von ihr begeistert. Angetrieben durch diese Begeisterung für eine neue politische Ordnung drängten letztere darauf, auch die Schweiz zu verändern. Dies gelang jedoch nicht ohne die Hilfe der Franzosen, die 1798 in die Schweiz einmarschierten und den revolutionären Kräften in der Schweiz zum Durchbruch verhelfen. Dank dieser Hilfe konnte der moderne Nationalstaat Schweiz gegründet werden. Diese Zeit der Helvetik währte aber nur gerade fünf Jahre und war immer wieder bedroht durch innere und äussere konservative Aktivitäten. Insbesondere die föderativen Kräfte gefährdeten den neuen schweizerischen Einheitsstaat. Es kam zu Verfassungsstreitigkeiten und Staatsstreichen und letztlich zum Erlass der Mediationsakte durch Bonaparte im Februar 1803. Als Hauptgrund für das Scheitern der Helvetik erweist sich nach Kästli das Fehlen eines schweizerischen Nationalgefühls. Zwar gab es so etwas wie einen schweizerischen Patriotismus, der «erste schweizerische Nationalstaat war im Denken und Fühlen der Leute» (179) aber noch nicht verankert. Trotzdem war die Helvetik von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Nationalstaates Schweiz, denn die politischen Zustände hatten sich geändert und liessen sich auch nach der Mediationsakte nicht mehr in den alten Zustand zurückversetzen. Das macht Kästli vor allem an der Entstehung der Kantone Tessin und Waadt deutlich. Hierbei ist beachenswert, dass der Autor hier wie auch an weiteren Stellen der Studie als Beispiele zwei Kantone der lateinischen Schweiz untersucht. Dies ist verdienstvoll, da die Geschichte dieser Teile der Schweiz in der deutschschweize-

rischen Geschichtsschreibung oft vernachlässigt werden (vgl. S. 164).

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung hin zu einem Bundesstaat. Dabei zeigt sich, dass die Zeit zwischen 1815 und 1830 von politischer Handlungsunfähigkeit geprägt war. Wirtschaftlich und bevölkerungsmässig erstarkte die Schweiz in dieser Zeit, doch eine politische Neuorientierung setzte erst wieder nach 1830/31 ein. Die liberalen Bewegungen stürzten in mehreren Kantonen die Regierungen und setzten neue Verfassungen in Kraft. Nun setzte sich auch mehr und mehr die Idee des Nationalstaates und ein nationalstaatliches Denken und Fühlen durch. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess bildeten die Schützen-, Sänger-, Turner- und Schwingervereine, die durch regelmässige eidgenössische Feste das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärkten. Es waren diese Bewegungen und Netze die letztlich den Boden für die Gründung des Bundesstaates legten. Die Erstarkung der Nationalstaatsidee hat denn für Kästli nicht vorwiegend ökonomische, sondern weltanschauliche, religiöse und politische Gründe. Besonderes Gewicht legt er vor allem auch auf die geschichtsphilosophischen Hintergründe der Nationalstaatsidee in der Schweiz. In diesem Zusammenhang ist vor allem Ignaz Paul Vital Troxler von entscheidender Bedeutung, der von der schellingischen Philosophie her kommend den modernen Staatsbegriff mit den Ursprungsmythen der Schweiz verknüpfte und so entscheidend dazu beitrug, dass die Nationalstaatsidee Fuss fassen konnte.¹

Im dritten Teil untersucht Kästli schliesslich die Entwicklung des schweizerischen Bundesstaates von seiner Gründung bis

heute. Dieser Teil, der einen sehr grossen Zeitraum umfasst, gibt keine vollständige chronologische Darstellung der Ereignisse seit 1848. Vielmehr geht es Kästli in diesem Teil vermehrt um die Frage nach den Verfestigungen des schweizerischen Selbstverständnisses und den aktuellen Hindernissen bei der Einbettung der Schweiz in ein europäisches bzw. weltweites politisches Projekt. An verschiedenen Themen demonstriert der Autor die Weiterentwicklung des nationalen Gedankens in der Schweiz. Neben den politischen und intellektuellen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Einbindung der Schweiz in supranationale Gebilde (Völkerbund, UNO, EU) legt Kästli das Gewicht vor allem auf die Frage der Mythologisierung der Geschichte und auf das Verhältnis der Juden zum Nationalstaat. An dem Beispiel der Juden wird insbesondere deutlich, wie der Nationalstaat sich durch Ein- und Ausgrenzung definiert, wobei die Gewichte sich in der Zeit immer auch ändern. Im Zusammenhang mit der Mythenbildung dagegen nimmt die geistige Landesverteidigung einen wichtigen Platz ein. Die geistige Landesverteidigung, die nicht erst in die 30er Jahre datiert, sondern schon zu Beginn des Jahrhunderts einsetzt, erfährt ihren Höhepunkt zusammen mit der Nationalstaatsidee zur Zeit des 2. Weltkrieges. Diese nationale Ideologie hält die Schweiz noch heute fest, auch wenn starke Tendenzen auszumachen sind, diese Ideologie auch gegen den Willen der Altvorfäter aufzugeben. Kästli ist hier zuversichtlich, denn «das schweizerische Selbstverständnis löst sich zusehens von alten mythologischen Vorstellungen ab.» (358). Diese Ablösung ist eine Chance, das schweizerische Selbstverständnis, das sich in den letzten 150 Jahren gebildet und verfestigt hat «und schliesslich zu einem Hindernis wurde» (ebd.), zu überwinden. Für den Autor ist ein neues nationales Selbstverständnis notwendig, um neue Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

¹ Zu Troxlers Einfluss auch die Entstehung des schweizerischen Nationalstaates vgl. auch: Tobias Kästli: Der Bundesstaat als Idee, in: Rote Revue 4/97, S. 38–42.

Dieses neue Selbstverständnis muss für den Autor aber von einem Nationalstaat – soll er «eine sinnvolle politische Einrichtung» (ebd.) sein – ausgehen, der sich «als Teil einer überstaatlichen Rechtsgemein-

schaft, einer Völkerrechtsgemeinschaft versteht.» (358) Zu hoffen ist, dass sich diese Einsicht in der Schweiz endlich durchsetzt.

Peter A. Schmid

Verdichtungen

Brigit Keller: Vogelflug im Augenwinkel, Gedichte, Bern (eFeF-Verlag) 1998, ca. Fr. 25.–.

Brigit Keller, Studienleiterin an der Paulus-Akademie Zürich und dort zuständig für die Bereiche Frauenfrage/Frauenkultur und Literatur, legt mit 'Vogelflug im Augenwinkel' ihren ersten Gedichtband vor.

Selten ist mir so bewusst geworden, dass Gedichte Verdichtungen sind: Brigit Keller verdichtet ihre individuellen Erfahrungen als Frau, als politisch Engagierte, theologisch Interessierte, als Mutter und zugleich Tochter, als eine Zeitgenossin, die an Auseinandersetzungen mit der eigenen Geschichte, mit anderen Menschen, mit der Natur interessiert ist. Im Gedicht mit der Überschrift 'Selbstportrait' schreibt sie u.a. folgenden Zeilen: «... / gern hätte ich ein anderes Gesicht / gern bleibe ich die gleiche Frau / Lieb-Kind ist geblieben / mit vierzehn sah ich im / halboffenen Fenster des / Schulzimmers ein fremdes Mädchen / ich mochte es nicht besonders / das war ich / das kann mir nicht mehr passieren / ich erkenne mein Gesicht / mein weiches Gesicht / unter vielen».

Manche der Gedichte sind sperrig und zugleich weich, widersprüchlich und zugleich zärtlich, warm und zugleich klar, achtsam und zugleich furchtlos in der

Wahrnehmung, von einer Wortgenauigkeit, die leicht daher kommt und das Mass eines Zwanges erahnen lassen: «... / die Mutter fragte / warum legst du jedes Wort / auf die Goldwaage / weiss nicht / habe Hunger danach / Lust und Zwang / kreuzen sich ...». Eine Suche nach einer Eindeutigkeit des stimmigsten Wortes für sie als Autorin – und bei mir als Leserin wird eine Vielfältigkeit von Erinnerungsbildern und Assoziationen freigesetzt.

Im Moment ist dies mein liebstes Gedicht: «Respekt haben vor mir selbst / in Ruhe meine Meinung vertreten // Nicht immer war mir Würde / so wichtig wie jetzt / ich verdopple das Brot / das meine Mutter mir gab // Ein schöner Mantel / der mich kleidet / das Bild einer Frau die / sich in die Augen sehen kann // Sie steht da / ohne Rückenlehne».

Vielfältige Verdichtungen, die für mich als Leserin zu neuen Wortbildern werden und in mir Resonanzen, also neue Klänge und eigene Fragen, ausgelöst haben, denen nachzugehen es mir Wert ist. Das Büchlein, unscheinbar und voller Wucht, liegt bei mir in der Küche, auf dem Nachttischlein, auf dem Arbeitstisch, so, dass ich immer wieder reinschauen, nachlesen, mich verführen lassen kann. Und ich freue mich, dieses Werk an meine FreundInnen weiterverschenken zu können.

Lisa Schmuckli